

# **Stellungnahme des Wirtschaftsverbands der deutschen Kautschukindustrie e.V. (wdk) zum Austausch mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz zur Lage der Reifenindustrie in Deutschland und ihren Forderungen**



## **Der wdk und die aktuelle Lage der Reifenindustrie in Deutschland**

Der Wirtschaftsverband der deutschen Kautschukindustrie e.V. (wdk) vertritt als Spitzenorganisation der deutschen Hersteller von Bereifungen und Technischen Elastomer-Erzeugnissen auch die Reifenindustrie in Deutschland. Diese sieht sich aktuell mit erheblichen Standortnachteilen konfrontiert.

Das Reifengeschäft ist kapitalintensiv:

- Hohe Kosten für den Bau einer neuen Fabrik
- Kontinuierliche Upgrades der Anlagen für erforderliche Innovationen und laufende Wartung erfordern kontinuierlich hohe Investitionen.

Das Reifengeschäft ist energieintensiv:

- Die Kosten pro Energieeinheit sind in der Europäischen Union die höchsten weltweit. Die Energiepreise in Deutschland sind im europäischen Vergleich trotz einer gewissen Entspannung der Marktpreise nach wie vor nicht wettbewerbsfähig.

Das Reifengeschäft ist wettbewerbsintensiv:

- Die europäischen Reifenhersteller sind seit einigen Jahren einem zunehmenden Wettbewerb kostengünstiger Anbieter aus dem asiatischen Raum ausgesetzt, deren Absatzanteil sich in den vergangenen Jahren von rund 20% im Jahr 2015 auf über 30% im Jahr 2023 erhöht hat – dies auf Kosten der europäischen Hersteller.

Damit die Reifenproduktion in Deutschland erhalten bleiben kann, müssen die Rahmenbedingungen verbessert werden:

- Wettbewerbsfähige Energiepreise und Planungssicherheit
- Aussetzung der nationalen CO<sub>2</sub>-Bepreisung
- Vor CBAM-Erweiterung umfassende Bewertung durch EU-Kommission erforderlich
- Revision der EEW-Förderung

## **Wettbewerbsfähige Energiepreise und Planungssicherheit**

Die Reifenbranche in Deutschland ist als energieintensive Industrie auf eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgung angewiesen. Unsicherheiten wie der kurzfristige Wegfall des Zuschusses für die Netzentgelte Ende 2023 sind ein aktuelles Negativbeispiel. Die Stromnetzentgelte sind in Deutschland im internationalen Vergleich auf Höchstniveau. Als zweithöchste Komponente der Stromrechnung sollten sie mindestens im Anstieg gebremst, bestenfalls aber deutlich gesenkt werden, da es sich um Infrastrukturkosten handelt. Darüber hinaus ist ein frühzeitiger Dialog mit der Wirtschaft über geplante Maßnahmen und deren Umsetzbarkeit bei möglichst geringen bürokratischen Hürden erforderlich. Auch muss bei der Energiepreisfrage der Gasverbrauch

einbezogen und eine praktikable Lösung beim Stromverbrauch im Filialgeschäft gefunden werden. Allgemein sollten öffentliche Mittel gezielt bereitgestellt werden, um private Investitionen auszulösen und in die Finanzierung der Transformation zu lenken. Dabei darf auch die Frage der CO<sub>2</sub>-Effizienz von Produktionsgebäuden nicht außer Acht gelassen werden.

### **Aussetzung der nationalen CO<sub>2</sub>-Bepreisung**

Mit dem Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) wurde eine nationale CO<sub>2</sub>-Bepreisung eingeführt, die für die Reifenindustrie einen weiteren Wettbewerbsnachteil bedeutet. Eine Aussetzung des nationalen Brennstoffemissionshandels bei gleichzeitiger Verpflichtung der Unternehmen zur Realisierung von Projekten zu nachhaltiger Energieversorgung (z.B. bis zum Jahr 2030) - begleitet von staatlichen Förderinstrumenten - wäre aus Sicht der Industrie ein sinnvoller Ansatz.

### **Vor CBAM-Erweiterung umfassende Bewertung durch EU-Kommission erforderlich**

Die Reifenindustrie unterstützt die CBAM-Ziele der Dekarbonisierung der europäischen Wirtschaft und das Ziel, gleiche Wettbewerbsbedingungen für EU- und Nicht-EU-Rohstoffproduzenten zu schaffen. Angesichts steigender Energie- und Rohstoffpreise droht die Ausweitung des Geltungsbereichs des CBAM auf weitere Werkstoffe wie zum Beispiel organische Chemikalien und Polymere allerdings schwerwiegende Folgen für die Branche zu haben. Daher ist eine umfassende Bewertung durch die Europäische Kommission erforderlich, bevor eine solche Erweiterung in einem Rechtstext formalisiert wird.

### **Revision der EEW-Förderung**

Standortnachteile können durch adäquate Fördermittel für eine effiziente, CO<sub>2</sub>-arme und wirtschaftlich umsetzbare Energieversorgung sinnvoll abgefedert werden. Hier stellt die Novellierung der Bundesförderung für Energie- und Ressourceneffizienz in der Wirtschaft „EEW“ zum 1. Mai 2023 eine Herausforderung dar. So soll die Fördermöglichkeit an die Umsetzung von Elektrifizierungslösungen gekoppelt werden, auch wenn diese unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten im Vergleich zu anderen Lösungen mit höheren Kosten verbunden sind. Es wäre daher zu begrüßen, wenn die im „EEW“ seit Mai 2023 geltende Regelung zur Nutzung von Biomasseanlagen über 5 MW dahingehend angepasst würde, dass eine elektrische Lösung nicht nur technisch möglich, sondern auch wirtschaftlich sinnvoll sein soll – analog zu Wasserstofflösungen. Wärmepumpen, die durch ihren hohen Wirkungsgrad in den Bereich der Wirtschaftlichkeit kämen, können die in den Fertigungsprozessen der Reifenindustrie benötigten Temperaturen der Prozesswärme nicht bereitstellen. Andere elektrische Lösungen sind aufgrund der hohen Stromkosten im Vergleich zu fossilen Lösungen nicht wirtschaftlich. Da Wasserstoff für die Prozesswärme auf absehbare Zeit nicht verfügbar sein wird, schließen die derzeitigen Förderbedingungen in vielen Fällen alle drei Optionen aus: Biomasse, Elektrifizierung und Wasserstoff.

Frankfurt am Main, 8. Mai 2024